

Nach der Überwindung ihrer vergangenen Krise ziehen die Bürgerlichen Bulgariens nun doch mit einer gemeinsamen Kandidatur in die Präsidentschaftswahl

Nachdem es noch in der vorvergangenen Woche so aussah, als ob die gemeinsame Kandidatur der Bürgerlichen für die am 22. Oktober stattfindenden Präsidentschaftswahlen an einem seidenen Faden hing, ja praktisch schon wieder gescheitert war, ist es nun gelungen, die Einheit im letzten Moment wieder herzustellen. Hintergrund der letzten Krise war ein Versuch des Sofioter Bürgermeisters Borissov die Bedingungen der gemeinsamen Kandidatur zu bestimmen. Borissov hatte verlangt, dass die Partei „Demokraten für ein starkes Bulgarien“ (DSB) des früheren Premiers Kostov ihre Klage gegen ihn zurückziehe, ehe er, Borissov, sich dazu bereit erklären könne, die Kandidatur der Bürgerlichen zu unterstützen. Die DSB hatte gegen den Bürgermeister der Hauptstadt ein Verfahren angestrengt, weil dieser, so die DSB, immer noch widerrechtlich an Firmen beteiligt sei, was mit seinem Amt als Bürgermeister nicht vereinbar sei.

Der Führer der anderen größeren bürgerlichen Partei „Union Demokratischer Kräfte“ (UDK), der frühere Staatspräsident Petar Stojanov, der sich stets der Unterstützung Borissovs versichern wollte, hatte sich auch sofort hinter diese Forderung gestellt und seine weitere Unterstützung für die gemeinsame Kandidatur davon abhängig gemacht, dass die DSB ihre Klage gegen den Bürgermeister zurückziehe. Gleichzeitig aber hatte Stojanov klargestellt, dass er im Falle eines Einlenkens der DSB von Borissov erwarte, dass er zu seinem Wort stehe und sich hinter die gemeinsame Kandidatur stelle.

Tatsächlich lenkte Kostov überraschend schnell ein, den eine besonders ausgeprägte gegenseitige Abneigung mit dem Sofioter Bürgermeister verbindet, die DSB zog ihre Klage zurück.

Gleichzeitig aber hatte es Borissov danach vermieden, sich klar hinter die Kandidatur der Bürgerlichen zu stellen; es sei, so der Bürgermeister, schon Unterstützung genug, dass er nicht selber kandidiere. Gleichzeitig ließ er die Öffentlichkeit wissen, dass er, Borissov, sich für keinen der Kandidaten erwärmen könne. Außerdem verkündete er, dass er die Gründung seiner neuen Partei für den 3. Dezember anstrebe. Damit hatte sich Borissov selbst aus dem Rennen um die Präsidentschaft genommen, zumal er auch durch einige Äußerungen danach den Eindruck zu erwecken suchte, dass er sich für den Ausgang der Präsidentschaftswahlen nicht wirklich interessiere. Damit aber war der Weg für das bürgerliche Präsidentschaftspaar Nedeltscho Beronov und Juliana Nikolova endgültig frei geworden.

Der 78-jährige aber sehr vitale Beronov ist der Vorsitzende des Verfassungsgerichts und in moralischer Hinsicht über jeden Zweifel erhaben. Frau Nikolova ist Vorsitzende des Europäischen Instituts, das sich mit den Fragen der Europäischen Integration und dem EU-Beitritt Bulgariens befasst. Davor war sie in der letzten Regierungszeit der Bürgerlichen in Bulgarien unter dem Premier Ivan Kostov (1997-2001) stellvertretende Industrieministerin.

Kurz nachdem die Irritationen im bürgerlichen Lager beigelegt worden waren, hatte der UDK-Vorsitzende Stojanov demonstrativ eine ganze Reihe von Terminen mit dem Kandidaten Beronov in der Öffentlichkeit wahrgenommen, um zu zeigen, dass seine Partei sich nun endgültig wieder hinter die gemeinsame Kandidatur gestellt habe.

Damit ist nun das Feld aller Kandidaten bestellt, die Kandidaturen für die Wahl am 22. Oktober sind nun alle im Wahlamt eingetragen. Neben dem bürgerlichen Paar Beronov/Nikolova steht natürlich der sozialistische Amtsinhaber Parwanov zur Wiederwahl. Ihm erwächst allerdings auf dem linken Flügel Konkurrenz – im früheren Chef des Generalstabs der Bulgarischen Armee und bisherigen Vertreter der Altkommunisten in der Sozialistischen Partei, Petrov.

Zur Wahl stellt sich auch der skandalumwitterte Chef der national-populistischen Partei „Attaka“, Siderov, und ein weiterer Vertreter bürgerlicher sehr kleiner Parteien. Interessant ist, dass die Zarenbewegung, die mit der Partei der türkischen Minderheit und der sozialistischen Partei in einer Dreier-Koalition die Regierung stellt, nicht nur keine Kandidatur aufstellt, sondern die Parteiführung ihren Mitgliedern auch keine Wahlempfehlung gegeben hat. Dies könnte zur Folge haben, dass nicht wenige Mitglieder der Zarenbewegung es sich versagen werden, dem Sozialisten Parwanov ihre Stimme zu geben, obwohl man mit den Sozialisten die Regierung bildet und es ausgerechnet Parwanov selbst war, der maßgeblich an dem Zustandekommen dieser Koalition beteiligt war.

Alle tatsächlichen und selbsternannten Experten im politischen Sofia sehen den Amtsinhaber Parwanov als klaren Favoriten. Doch gleichzeitig verdichten sich die Anzeichen, dass es trotz des weit größeren, weit professionelleren und finanziell weit besser ausgestatteten Wahlkampfapparates Parwanov kaum gelingen dürfte, eine Stichwahl eine Woche später, am 29. Oktober, zu vermeiden. Denn dafür müßte er nicht nur 50 Prozent der abgegebenen Stimmen auf sich vereinen können, sondern es müßten auch noch, als zweite Hürde, mehr als die Hälfte der Stimmberechtigten zur Wahl gegangen sein. Danach aber sieht es so gar nicht aus – alle Beobachter gehen von einer geradezu dramatisch niedrigen Wahlbeteiligung aus.

So bleibt die spannende Frage nun, wer hinter dem Amtsinhaber, dem Sozialisten Parwanov, ins Ziel und damit in die Stichwahl eine Woche später kommt. Vieles spricht dafür, dass diese Frage zwischen dem bürgerlichen Kandidaten Beronov und dem rechten Nationalpopulisten Siderov entschieden wird.

Für die Bürgerlichen Bulgariens, die die vergangenen Jahre meist mit fruchtlosen Bruderkämpfen zugebracht haben, ist die nun anstehende Präsidentschaftswahl für nicht wenige Beobachter in Sofia die vielleicht letzte Chance zu beweisen, dass sie in ihrer

gegenwärtigen Form und mit ihrem gegenwärtigen Führungspersonal noch zu gemeinsamen politischen Handlungen fähig sind.

Sofia, 29.09.2006

Ralf Jaksch